

## MITTEILUNG DER VERWALTUNG

Vorlage Nr.: GB I/0003/2024-1  
Status: öffentlich  
Geschäftsbereich: GB I Zentrale Dienste - Bürgerservice  
Datum: 19.11.2025

---

**Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF) 3000 mit Staffelkabine für die Freiwillige Feuerwehr Hochbrück - Bekanntgabe des Ausschreibungsergebnisses**

---

**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
15.01.2026	Haupt- und Finanzausschuss

---

**I. SACHVORTRAG:**

Mit Beschluss vom 19.09.2024 hat der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren zur Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF) 3000 mit Staffelkabine für die Freiwillige Feuerwehr Hochbrück durchzuführen. Gleichzeitig wurde der Erste Bürgermeister (o.V.i.A.) zum Abschluss sämtlicher mit dieser Ausschreibung in Verbindungen stehenden Verträge ermächtigt. Der Haupt- und Finanzausschuss ist über das Ergebnis des Vergabeverfahrens zu informieren.

Das Vergabeverfahren zur Ersatzbeschaffung des TLF 3000 wurde als sog. „offenes Verfahren“ (§ 119 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB) durchgeführt und war vom 01.10.2025 bis zum 12.11.2025 auf dem Portal der Vergabeplattform der EU, TED, abrufbar.

Das TLF 3000 wurde in drei Losen ausgeschrieben (Los 1: Fahrgestell, Los 2: Aufbau, Los 3: Beladung).

Für die drei Lose gingen nach Ende des Ausschreibungszeitraums insgesamt vier Angebote von vier Bietern ein.

Nach entsprechender Bewertung der Angebote mit technischer Überprüfung durch die Verwaltung und die Freiwillige Feuerwehr konnten die Zuschläge am **XX.11.2025** wie folgt erteilt werden:

Los 1 (Fahrgestell): MAN Truck & Bus Deutschland GmbH aus München

Los 2 (Aufbau): Rosenbauer Deutschland GmbH aus Luckenwalde

Los 3 (Beladung): BAS Vertriebs GmbH aus Planegg

Die Ausschreibung hat ergeben, dass die Kosten für das TLF 3000 insgesamt 681.683,94 EUR (brutto) betragen werden. Verwaltung und Feuerwehr gingen bei ihrer Kostenschätzung in der Beschlussvorlage zur HFA-Sitzung vom 19.09.2024 von ganz grob rund 500.000 EUR (netto) bzw. 595.000 EUR (brutto) aus. Die Mehrkosten betragen also 86.683,84 EUR (brutto) bzw. 14,57 %. Die Mehrkosten können über die dafür vorgesehenen Haushaltsreste abgedeckt werden.

Durch die Zuwendung in Höhe von 100.100 EUR, die die Stadt Garching b. München vom

Freistaat Bayern erhalten wird, verbleibt unter dem Strich ein städtischer Kostenanteil von 581.583,94 EUR.

Als Lieferzeitraum wird von 1,5 – 2 Jahren ausgegangen.

Anlage/n:

Keine